

Heads Up Arbeitsrecht.
15 Minutes.

Arbeitsrecht im Fokus:
**Eine Analyse der Wahlprogramme
zur Bundestagswahl 2025**

Littler[®]



Präsentiert von



ANDRE GIESELER

Partner | Hamburg

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Wirtschaftsmediator

agieseler@littler.de

3. Gemeinsamkeiten

2. Die Wahlprogramme (Auswahl)

1. Einleitung

3. Gemeinsamkeiten

2. Die Wahlprogramme (Auswahl)

1. Einleitung

Bundestagswahl am 23. Februar 2025

3. Gemeinsamkeiten

2. Die Wahlprogramme (Auswahl)

1. Einleitung

CDU/CSU

- Änderung des Arbeitszeitgesetzes für mehr Flexibilität:
 - Wöchentliche Höchstarbeitszeit statt täglicher Begrenzung für alle Unternehmen (Einschränkungen bei gefahrgeneigten Berufen)
- Praxisnähere Gestaltung von mobilem Arbeiten und Homeoffice
- Rechtliche Erleichterung von Personalpartnerschaften
- „*Fachkräfteoffensive*“:
 - Bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit
 - Abschaffung des Vorbeschäftigungsverbots nach Erreichen der Regelaltersgrenze
- Ausländische Fachkräfte gewinnen
 - „Work-and-Stay-Agentur“

SPD

- Flexibilisierung der Arbeitszeit wird der Tarifautonomie überlassen
- Reformierung des BetrVG u. Ausbau der Mitbestimmung von Betriebsräten: „*Echte Mitbestimmungsrechte mit Einigungserfordernis*“ bzgl. Personalplanung u. -bemessung, Einführung von KI, Gesundheitsschutz, Weiterbildung im Betrieb
- Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen u. kritische Überprüfung der Sachgründe für Befristungen
- Familienstartzeit für Väter bzw. Partner*innen/ Ausbau von Elterngeld u. -zeit
- Verbesserung des Arbeitsschutzes: Mehr Gefährdungsbeurteilungen, Reha u. Prävention ausbauen, stärkerer Fokus auf psychische Belastung bei der Arbeit
- Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an tarifgebundene Unternehmen
- Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro bis 2026

Die Grünen

- Mindestlohn i.H.v. 15 Euro im Jahr 2025
- Stärkung der Tarifbindung
 - Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen
 - Tariftreuegesetz: Vergabe von öffentlichen Aufträgen i.d.R. an Unternehmen, die nach Tarif bezahlen
- Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung: Erweiterung der Mitbestimmungsrechte bzgl. Klima- u. Umweltschutz, Qualifizierungsmaßnahmen, Gleichstellung im Betrieb
- Digitale u. und manipulationssichere Erfassung der Arbeitszeit in von Schwarzarbeit betroffenen Branchen
- Erweiterung des AGG um soziale Herkunft
- Fachkräftesicherung: Abbau von Arbeitshindernissen für Geflüchtete

Die Linke

- Kürzere Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich z.B. in Form einer Vier-Tage-Woche
- Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit: 40 Stunden; Festhalten am 8-Stunden-Tag als Obergrenze im Arbeitszeitgesetz
- Erhöhung des Mindestlohns auf 16 Euro bis 2026
- Abschaffung von Leiharbeit u. (sach-)grundloser Befristung von Arbeitsverträgen
- Entgelttransparenzgesetz soll ein Entgeltgleichheitsgesetz werden
- Deutliche Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen; Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen
- Erweiterung der erzwingbaren Mitbestimmung für Betriebs- u. Personalräte etwa bei Investitionen, Umwelt- und Klimafragen, der Personalbemessung, der Weiterbildung und der Verhinderungen von Gesundheitsschäden

AfD

- Beibehaltung des Mindestlohns
- Fachkräftesicherung: Fokus auf Förderung inländischer Fachkräfte, unterstützt durch berufliche Bildung
- Bürokratie: Vorantreiben des Abbaus wettbewerbsverzerrender Vorschriften wie der DSGVO
- Keine staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie
- Arbeitgeber sollen durch Telearbeit, flexible Arbeitszeiten und Betriebskindergärten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können
- Entlastung von kleineren Unternehmen: Abschaffung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Reform des Lieferkettengesetzes

FDP

- Flexibilisierung der Arbeitszeit: Wöchentliche Höchstarbeitszeit statt täglicher Begrenzung u. Nutzung von Öffnungsklauseln zu Ruhezeitregelungen
- Betonung der Tarifautonomie als Grundprinzip
- Modernisierung des Streikrechts: Einführung von verpflichtenden Schlichtungsverfahren u. Mindestankündigungsfristen für Streiks in systemrelevanten Bereichen
- Ablehnung staatlich vorgegebener Modelle wie der Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich - Löhne u. Gehälter sollen in der sozialen Marktwirtschaft und zwischen den Arbeitsvertragsparteien ausgehandelt werden
- Bündelung u. Beschleunigung von Arbeitsmigrationsverfahren durch ein „One-Stop-Shop“-System und Reform des Visaprozesses
- Entschlackung des Arbeitsrechts und Fokus auf Digitalisierung

BSW

- „Unverzögliche“ Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro
- Starke Einschränkung der Befristung von Arbeitsverträgen
- Betriebsratsgründungen fördern u.a. durch besseren Kündigungsschutz von Initiatoren
- Stärkung der Tarifbindung („höhere Tarifquote“)
 - Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen
 - Vergabe von öffentlichen Aufträgen an tarifgebundene Unternehmen
- Einbeziehung von Selbstständigen in die Sozialversicherung
- Reformierung des Statusfeststellungsverfahrens
- Reform des Lieferkettengesetzes inkl. Anhebung der Schwellenwerte
- Ausdrückliche Ablehnung des sog. „Karenztages“

3. Gemeinsamkeiten

2. Die Wahlprogramme (Auswahl)

1. Einleitung

Gemeinsamkeiten



- Wiederkehrende Themen:
 - Vergütung (Mindestlohn; Entgelttransparenz)
 - Fachkräftemangel (VZ statt TZ; Einwanderung; Rentnerbeschäftigung)
 - Flexible Arbeit (Wochen- statt Tagesarbeitszeit; Mobile Arbeit)
 - Befristung von Arbeitsverträgen (Beschränkung der sachgrundlosen Befristung)
 - Mitbestimmung / Tarifrecht (Stärkung der Tarifautonomie; Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an tarifgebundene Unternehmen; Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung)



Key Take-aways:

1

Die Politik beeinflusst die Arbeitswelt maßgeblich.

2

Die Wahlprogramme enthalten viele spannende arbeitsrechtliche Impulse.

3

Vom Ausgang der Bundestagswahl hängen Gesetzesvorhaben der nächsten Jahre ab.

Heads Up Arbeitsrecht.
15 Minutes.

**Vielen Dank für
Ihre Teilnahme.**

**Bis zum
nächsten Mal:**

13.02.2025

11.45-12.00 Uhr